

**WIR IN WORTEN** vom 5. Februar 1921 WIRD VORSTEHENDE HOCH  
von Ausnahmesitzungen von zehn auf zwanzig zu erhöhen. Welche Stellung nimmt die sächsische Regierung in dieser Frage an?

— Deutschnationaler Landes-Parteitag.  
Der Landesverband Sachsen der Deutschnationalen Volks-Partei beruft für den 27. und 28. Februar einen Landes-Parteitag nach Chemnitz ein.

— Neben Militärgut im Privatbesitz hat das Reichsministerium auch sehr noch entscheidende Rechte. Für Besitzer von Militärgut ist das Gesetz vom 17. 12. 20. im Reichsgesetzblatt Nr. 229 Seite 216, das anscheinend nicht beachtet wird, von Bedeutung, durch das die Gültigkeit der grundlegenden Verordnung vom 22. 5. 1919 bis zum 31. Dezember 1921 verlängert wurde. Hieraus ist das Reichsministerium ermächtigt, im Privatbesitz vorgelegtes oder von unbefugter Seite zurückgeholtes Militärgut sicherzustellen und der Bewertung zu überlassen. In Anlehnung bestehender Rechte tritt an Stelle der vermerkten Gesetzmäßigkeiten der Grundsatz, wertvollere Schadenerholungsrechte bleiben unberührt. Wie Eigentum, Besitz oder Gemahlan an Militärgut erlangt hat, ist dem Reichsministerium gegenüber auskunft pflichtig. Wer die Auskunftsicht verletzt, macht sich strafbar. Für das Gebiet des Polizeistates Sachsen ist das Reichsministerium Abteilung III Erlassabteilung Dresden, Schloßstraße 25, zuständig.

— Wohnungsnachweis zur Landwirtschaftlichen Woche. Von 7. bis 11. März wird, wie bereits gemeldet, in Dresden vom Landesfachamt Sachsen eine landwirtschaftliche Woche veranstaltet. Da hierzu das Eintreffen zahlreicher Landwirte zu erwarten ist, so hat der Dresdner Bezirksvorsteher es unternommen, einen Wohnungsnachweis einzurichten.

— Eine unentgeltliche Impfstoffe mehr. Der dem Wirtschaftsministerium für sozialpolitische Zwecke zur Verfügung stehende, vorbehaltensmässig geringe Betrag gestattet es nicht mehr, Impfstoffe zu freiwilligen Schüttungen gegen den Schwerekrankheit an Städten zu liefern, wie dies seit dem Jahre 1917 geschah. Die Vorteile und die Zweckmässigkeit der Schüttungen gegen Rötlauf sind den Sanitätsbeamten übrigens so ausreichend bekannt, daß es wohl einer staatlichen Anregung zu diesen Impfungen nicht mehr bedarf.

— Geheimsitzungen im Landtag. Dem Landtag ist der Entwurf eines Gesetzes über Änderungen im Polizeigesetz betreffend von der Regierung zugegangen, ferner der Gesetzesvorschrift über die Abänderung des Stempelsteuergesetzes vom 12. Januar 1920 betreffend.

— Die Ortsklasseneinteilung. Die Demokraten richten folgende Anfrage an die Regierung: Die Reichsregierung hat erklärt, daß auch die ländlichen Orte in 5 Ortsklassen eingeteilt werden müssten. Was bedeutet die sächsische Regierung zu tun, um diesem bei den ländlichen Teuerungsverhältnissen ungerechtfertigten Verlangen wirklich entgegenzutreten?

— Sammlungen zur Oberschlesischen Grenzspende. Auch in Niesa findet die Sammlung zur Oberschlesischen Grenzspende von heute abend an statt. Die Ortsgruppe Niesa der heimatreuen Oberschlesier bittet die bessere Einwohnerchaft, das Liebestwerk nach Kästen unterzubringen zu wollen.

— Großa. Festgenommen wurden von der Gendarmerie zwei Arbeiter von hier, die im November v. J. in Niesa und in vielen Orten der Umgebung nachgemachte Fünfzigmarksscheine vertreiben haben.

— Röhrwein. Der südliche Wallerwärter Groß aus Wolfsdorf fiel auf dem Heimweg von Röhrwein in der Dunkelheit in die Mulde und sand darin den Tod durch Ertrinken.

— Dresden. Gestern mittag stand im Rathaushof des Neuen Rathauses eine Gedächtnisstätte anlässlich des 100-jährigen Bestehens der städtischen Sparkasse.

— Gebnis. Ein großzügiges Hilfspaket für die notleidenden Kinder hat der Inhaber einer kleinen handelsbetriebenen Firma in New York für das Werk, die ihm jetzt 55 000 Mark zur Verfügung stellten und weitere Mittel angedeuteten. Ein Rittergutsbesitzer liefert jeden Schultag 30 Liter Milch außerhalb der Zwangsversorgung und erhält dafür aus der Stiftung Mittel zur Beschaffung von Kraftfutter. Auf diese Weise erhalten täglich 120 Kinder ein Viertel Liter Vollmilch, und zwar ist die Milchlieferung vorläufig auf zwei Jahre gesichert.

— Chemnitz. In einem Hause der Rudolfstraße wurde am Mittwoch morgen eine Eberrau nebst ihren zwei Kindern im Alter von 10 und 12 Jahren durch Gas vergiftet tot aufgefunden. Die Frau, die schwer nerverleidet war, scheint in einem Anfall von geistiger Umnachtung sich und ihre beiden Kinder ums Leben gebracht zu haben. Sie hatte die Kinder zuvor ins Bett gebracht, dann den Gasbahn aufgedreht und sich aufs Sofa gelegt, um den Tod zu erwarten. Wiederbelebungsversuche waren erfolglos.

— Flöha. Der Bezirksausschuß beschloß die Einführung einer Jagd-, Wohnungs- und Wohnturmsinstrumentensteuer. Der Ausschuß sprach sich gegen die Einführung einer Steuer aus, wohl aber für die Erhöhung der Lohnsteuer um 50 Prozent.

— Trenn. Auf eine Anfrage der Amtsbaupolizei hat auch der Stadtrat zu Trenn gleich anderen Gemeinden erklärt, daß er sich für die Einführung einer allgemeinen Lohnsteuer nicht für den amtsbaupolizeilichen Bereich einschließlich der revidierten Städte nicht zu erwarten vermag.

— Leipzig. An der Leipziger Universität wurde ein pazifistischer Studentenbund gegründet, der für internationale Versöhnung und Zusammenarbeit, sowie für die Verbesserung der Volksklassen eintritt.

— Leipzig. Eine 15jährige lernende Kontoristin aus L.-Gohlis ist am Georgiring, nahe der Schilderstraße, durch einen Personenkraftwagen überschlagen worden, als sie hinter einem eben an ihr nach dem Haupthaushof zu vorüberfahrenden Straßenbahnwagen die Fahrstraße überschreiten wollte. Als der Führer des Kraftwagens das junge Mädchen gewoahrt wurde, war die Entfernung zwischen diesem und dem Kraftwagen nur noch etwa eines Meter, so daß es jenem trotz sofortigen schwierigen Bremsens unmöglich war, den Wagen auf diese kurze Strecke zum Stehen zu bringen. Das junge Mädchen, das zu Boden gestürzt war, wurde mit einem schweren Schadelbruch und einer Anzahl anderer schwerer Brüche durch den Insassen des Kraftwagens nach dem Krankenhaus St. Jakob gebracht, wo es am Morgen des folgenden Tages an den Folgen dieser schweren Verlegerungen verstorben ist. Nach Bezeugungsangaben soll dem Kraftwagenführer ein Verschulden an dem bedauerlichen Unglücksfälle nicht treffen. — Wie gemeldet wird, ist der bekannte Künstler in der Leipziger Universität, der ja manchem großen Sohne der Leipziger Alma Mater Muße zu beschaulichem Einschreben geboten hat, im Abbruch begriffen. Der Künstler soll zu einer Wohnung umgebaut werden, wobei natürlich die historischen Wandmalerei der Vernichtung beheimatet. "O alte Burschenverlichkeit, wohin bist du entswunden!"

### Deutestliche Sitzung des Bezirksausschusses

Dienstag, den 1. Februar, vormittags.

In dieser unter Leitung des Herrn Geheimen Regierungsrats Dr. Uhlemann stehenden Sitzung wurden folgende Geschäfte gefaßt:

Kenntnis genommen wurde von Mitteilungen des Herrn Vorstandes, sowie von der Verordnung über die Gefahrenlasse für den Bezirk Berordnung der Landesregierung

vom 28. 1. 1921 Nr. 81 VLA 10 II. Der Bezirksausschuß beschloß, Herrn Stadtbaudirektor Gerlinghoff auf wichtigeren Sitzungen des Genehmigungsausschusses hinzuzuweisen und hinsichtlich des Gleis-Oder-Kanals mit den zuständigen Stellen Rücksicht zu nehmen.

Ein weiterer Standpunkt war der Bezirksausschuß mit Erhöhung der Stammeinnahmen des Bezirks und des Darlehen für die Kraftverkehrsgesellschaft "Freistaat Sachsen", ferner mit Erhebung einer Umlage nach Einkommen und Steuererleichterungen für den Bezirkverband, sowie für den Kreisbezirk nach dem Haushaltplan für das Rechnungsjahr 1920/21. Einverstanden erklärte man sich weiter mit dem Nachtrag zur Satzung des Arbeitsförderverbandes Sächsischer Gemeinden, sowie mit einem Antrag auf Ausdehnung von drei Kleinbahnlinien vom Außenhandel. Wegen der Beteiligung des Bezirksverbandes an der Siedlungsgenossenschaft in Mühlberg wird dem Vorschlag des Herrn Referenten zugestimmt und beschlossen, sich mit 600 Mark unter der Vorstellung zu beteiligen, daß ein Sitz im Ausschuss zugeschichtet wird.

Neuerung der Gebührenordnung für die Bezirks- und Kreisverwaltung im Interesse der Amtshauptmannschaft Großenhain betraf, wurde befohlen, der Chemnitzer Ordnung in gewissen Punkten nachzugeben, dagegen hielt man eine weitere Herabsetzung der bereits erhöhten Gebühren nicht für erforderlich.

Genehmigt wurde ein Gesuch Steinert-Bethain, Schanktonne in der ehemaligen Offiziers-Speiseanstalt am 19. 2. 1921. Keine Bedenken wurden erhoben gegen die Satzung des Gemeindeverkehrsverbandes in Dresden und über die Darlehen-Aufnahme des Elektro- und Wasserversorgungsverbandes an der Stadtwerke-Gesellschaft in Großböhmen, beschränkt, bestätigte Bericht zu erläutern. Ein Gebühren sollen 10 Pf. je Bettner für Mobil- und Schrotkarten erhoben werden. Der Bezirksausschuß beschloß ferner, sich für Aufrechterhaltung des Zwangseinsatzes in der Brennholzversorgung einzutragen.

Genehmigung wurde verfaßt den Nachträgen zur Gemeindeverordnung für Marsdorf und Wölkersdorf, Besteuerung des Mindesteinkommens betr.

Von der Tagesordnung abgelebt wurden 29 Punkte und in nichtöffentlicher Sitzung drei Punkte verhandelt.

### Tagesgeschichte.

Deutsche Zeit.

Befreiung der Staatsklassen durch die Schlichtungsausschüsse. Wie aus einem Rundschreiben des Reichsministers an alle Reichs- und Staatsministerien hervorgeht, hat die absonderliche Sprachfähigkeit der örtlichen Schlichtungsausschüsse nachgerade die dringend notwendige Abschaltung von entbehrlichen Hilfskräften der Postverwaltung nunmehr unmöglich gemacht. Das aber für die Post gilt, wird sich auch in anderen Staatsbetrieben bemerkbar machen, sodass die erste Gefahr besteht, daß die Schlichtungsausschüsse alle Bemühungen unserer katastrophalen Defizitwirtschaft bereit zu werden, mit unbegreiflicher Kursabschwächung durchzutrezen. In den Sprüchen der Ausschüsse wird entweder der Verwaltung ohne weiteres die Verpflichtung zur Arbeitsbeschaffung auferlegt, oder aber die Entlastungen werden für unbillige Härte erklärt. Arbeitsstreikniedrigungen haben indessen, falls sie überhaupt möglich sind, noch stets eine Abnahme der Arbeitsbereitschaft und Zuverlässigkeit auf einer Seite sowie eine derartige Erhöhung des Betriebs auf der anderen Seite zur Folge gehabt, daß eine wirtschaftliche Gestaltung je länger je weniger möglich erscheint. Das ferne Entlastungen immer eine gewisse Härte in sich schließen, ist selbstverständlich, nicht zugestehen ist dagegen, daß diese Härte unter allen Umständen als unbillig zu karakterisieren wäre. Völlig unverständlich und von verderblicher Wirkung bleiben auf alle Fälle solche des älteren schon gefällte Entscheidungen der Schlichtungsausschüsse, nach denen die Entlastung sogar solcher Personen als ungerechtfertigt erachtet wurde, die wegen Unzuverlässigkeit und wegen des Verdachts der Unedlichkeit aus dem Postdienst unbedingt entfernt werden müssen. Haben doch die von der Postverwaltung zu zahlenden Erstattungsbeträge für gestohlene und beraubte Postsendungen gegenwärtig die ungeheure Summe von monatlich 6 Millionen Mark — gegen rund 260 000 Mark im ganzen Jahre 1918 — erreicht! Es liegt auf der Hand, daß alle Bemühungen der Regierung, ihr soeben Sparmaßnahmenprogramm durchzuführen, elend weiter müssen, solange die Schlichtungsausschüsse das bisher beliebte Verfahren beibehalten. Ein Arbeitsministerium sollte daher die Schlichtungsausschüsse das bislang beliebte Verfahren beibehalten. Ein Arbeitsministerium, das aus diesen und andern unzählbaren Zuständen die Wicht, alles aufzubieten, um so schnell wie möglich ein wirklich brauchbares Schlichtungsweise an die Stelle des gegenwärtigen zu setzen.

Verhinderte Besichtigung eines Betriebes. Aus Rassel wird dem "Vorwärts" berichtet: Als gestern eine Abordnung des Magdeburger Studenten den Betrieb in der Motorfabrik von Henrich & Sohn studienhalber besichtigen wollte, erklärten einige Arbeiter, das nicht dulden zu wollen. Die Studenten muhten den Betrieb verlassen, worauf die Arbeit in vollem Umfang wieder aufgenommen wurde.

Die Abstimmung in Oberösterreich. Ein Kopenhagener Blatt berechnet den 6. April als Tag der Abstimmung in Oberösterreich.

Die Witwen- und Hinterbliebenenbezüge der alten Kriegsteilnehmer von 1868/70/71 werden demnächst gesetzlich neu geregelt werden.

Massenaustritt aus der katholischen Kirche. Aus Anlaß der bevorstehenden Volkszählung leiteten die sozialistischen Parteien eine systematische Agitation für den Massenaustritt der Bevölkerung aus der katholischen Kirche ein. "Provo Bild" aufschieben, haben allein in Berlin bereits 7000 Berliner sich zum Austritt angemeldet. "Marodiv Politika" zufolge hat sich die Kreiskonferenz der deutschen Sozialdemokratie in Budweis für den Austritt an die 3. Internationale ausgesprochen.

Nußland.

Massenaustritt aus der katholischen Kirche. Aus Anlaß der bevorstehenden Volkszählung leiteten die sozialistischen Parteien eine systematische Agitation für den Massenaustritt der Bevölkerung aus der katholischen Kirche ein. "Provo Bild" aufschieben, haben allein in Berlin bereits 7000 Berliner sich zum Austritt angemeldet. "Marodiv Politika" zufolge hat sich die Kreiskonferenz der deutschen Sozialdemokratie in Budweis für den Austritt an die 3. Internationale ausgesprochen.

Nußland.

Massenaustritt aus der katholischen Kirche. Aus Anlaß der bevorstehenden Volkszählung leiteten die sozialistischen Parteien eine systematische Agitation für den Massenaustritt der Bevölkerung aus der katholischen Kirche ein. "Provo Bild" aufschieben, haben allein in Berlin bereits 7000 Berliner sich zum Austritt angemeldet. "Marodiv Politika" zufolge hat sich die Kreiskonferenz der deutschen Sozialdemokratie in Budweis für den Austritt an die 3. Internationale ausgesprochen.

Nußland.

Massenaustritt aus der katholischen Kirche. Aus Anlaß der bevorstehenden Volkszählung leiteten die sozialistischen Parteien eine systematische Agitation für den Massenaustritt der Bevölkerung aus der katholischen Kirche ein. "Provo Bild" aufschieben, haben allein in Berlin bereits 7000 Berliner sich zum Austritt angemeldet. "Marodiv Politika" zufolge hat sich die Kreiskonferenz der deutschen Sozialdemokratie in Budweis für den Austritt an die 3. Internationale ausgesprochen.

Nußland.

Massenaustritt aus der katholischen Kirche. Aus Anlaß der bevorstehenden Volkszählung leiteten die sozialistischen Parteien eine systematische Agitation für den Massenaustritt der Bevölkerung aus der katholischen Kirche ein. "Provo Bild" aufschieben, haben allein in Berlin bereits 7000 Berliner sich zum Austritt angemeldet. "Marodiv Politika" zufolge hat sich die Kreiskonferenz der deutschen Sozialdemokratie in Budweis für den Austritt an die 3. Internationale ausgesprochen.

Motorirmee nach dem Winde, besonders nach Wobbenien und Wobbenien zur Unterdrückung von Flüchtlingen geworfen werden.

England.

Die Arbeitslosenfrage. Die ehemalige Regierung prägte einen Finanzplan, der den Übrigen England einen beträchtlichen Kredit einräumt, um die ehemaligen Arbeitslosen und Einwanderer aufzunehmen. Die Regierung hofft auf diese Weise die Arbeitslosenrate zu überwinden.

Amerika.

Die Ausfuhr Kundenster Milk. Die Erlaubnis zur Ausfuhr einer Bio-Milliarden-Dollar-Anleihe ist amerikanischen Großbanken zwecks Ausfuhr Kundenster Milk nach Europa erteilt worden.

Das Meerwasser. Das erlaubt aus Washington, daß der Vorschlag des Deutschen Ausschusses des Präsidentenhaus erlaubt habe, Harding sei dafür, jährlich 150 000 Tonnen Meerwasser anzufertigen, die eine militärische Ausbildung für die Marine fördern sollten. Der Vorschlag des Ausschusses bestätigt sich, zu verbünden, daß das aktive Heer weniger als 175 000 Mann hätte.

### Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 4. Februar 1921.

#### 50. Geburtstag des Reichspräsidenten.

— Berlin. Die Mitglieder des Reichstags sprachen heute unter Führung des Reichstagspräsidenten vor, um ihm zu seinem 50. Geburtstage die Glückwünsche auszusprechen.

#### Die deutsche Denkschrift über die Kohlenfrage.

— Berlin. Die Denkschrift über die Kohlenfrage, die Staatssekretär Bergmann vor seiner Abreise von Paris überreicht hat, legt die ungünstige Belieferung der deutschen Industrie, die mangelnde Versorgung mit Hausbrand und die ungünstige Beschaffung von Buntstoffen infolge deren einer großer Anzahl von Buntstoffwerken in den deutschen Höfen auf. Während die deutsche Industrie und Gewerbe auf Grund der Kohlenmengen von 72 000 Tonnen arbeitstäglich liefern, was bei einem Monatsdurchschnitt von 25 Arbeitstagen 1 800 000 Tonnen im Monat ergibt. Im zweiten Teile der Denkschrift bitten die Bahn und Gewerbe um Förderung von 5 Goldmark für die Tonne bestehen zu lassen und ferner eine weitere Entschädigung in Art zu gewähren, um den Unterschied des Inlandspreises zum Weltmarktpreis etwas auszugleichen.

Karl Hauptmann †.

— Hirschberg. In der vergangenen Nacht verstarb der Dichter Karl Hauptmann auf seinem Beliebten Schreiber, an Herzschwäche im Alter von 63 Jahren.

#### Der Nebensall in Überbach.

— Heidelberg. Wie die Staatsanwaltschaft in Moosbach (Baden) mitteilte, ist das Verfahren gegen die wegen des Illegals in Überbach verhafteten amerikanischen Polizeiautogenen auf Grund einer Anklage wegen versuchten Totschlags eingeleitet worden.

#### Die Erklärung Orlands in der französischen Räume.

— Paris. Die Erklärung, die gestern nachmittag Präsident Orland in Kammern und Senat über die Ergebnisse der Pariser Konferenz abgab, beginnt mit folgenden Worten: Die Regierung gibt Ihnen über die amischen den Alliierten abgeschlossenen Vereinbarungen Auskunft. Die Verhandlungen sind unter den Umständen, die Sie kennen, eingeleitet worden. Unsere Regierung war kaum konstituiert, als sich bereits die verschiedenartigsten und verwirksamsten Probleme aufwiesen, die rasch und klare Lösungen verlangten. Wir haben in unserer letzten Erklärung die großen Linien der Politik, die wir zu verfolgen gedachten, annehmen, um sie zu unterstützen, gestellt, um auf Grund des Abkommen von Doullens und Spa ein Ende zu bereiten. Die französische Regierung, die bereit war, am 1. Januar 1921 die Versicherungen der verschiedenen Sanktionen zu fordern, steht darauf, diese Frage mit den alliierten Mächten in voller Freiheit zu erörtern; es war ihr Wunsch, daß vor Ihren Augen die Wahrheit festgestellt würde, von der sie nicht ausgeht hat, bei der Verfolgung ihrer unantastbaren Rechte einen Beweis zu liefern.

#### Einführungsgesetz.

— Paris. Auf der Strecke Paris-Limoges fuhr gestern abend ein Personenzug aus einem Güterzug auf. Bis her sind zehn Tote und 45 Verletzte, darunter mehrere Schwerverletzte, gemeldet.

#### Frankreich verkaufte die deutschen Kohlen an Deutschland.

— Bonbon. Auf der Delegiertenkonferenz des Bergarbeiterbundes erklärte der Präsident des Bergarbeiterbundes von Südwales, James Windon, daß Frankreich einen Teil der deutschen Kohlenlieferungen an Deutschland zu verzögern habe. Nach den Bedingungen von Spa hat Deutschland jährlich an Frankreich 24 Millionen Tonnen Kohlen zu liefern. Vor dem Kriege stellte sich der britische Export nach Frankreich auf jährlich 30 Millionen Tonnen Kohlen. Frankreich bezahlt also 10 500 000 Tonnen Kohlen mehr als vor dem Kriege, wobei in Betracht gezogen werden.